



Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11/2 Sgr. Invertheilungsbüro für den Raum einer fünfzeiligen Seite in Petitdruck 1 1/2 Sgr.

Erpedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Befellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 84. Mittag-Ansgabe.

Verlag von Eduard Trewendt.

Mittwoch, den 19. Februar 1862.

## Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

**Wien, 18. Febr.** Nach einem Telegramm aus Turin vom heutigen Tage meldet die „Turiner Zeitung“ aus Rom, daß ein beabsichtigtes Attentat auf den französischen Botschafter, Marquis Lavalette, durch dessen Jäger abgewendet worden sei. Am nächsten Sonnabend würde ein französisches Tribunal über die drei bei dem Attentat Beteiligten das Urtheil fällen. (S. das Morgenbl. d. 3.)

Aus Ragusa wird vom heutigen Tage gemeldet, daß Mahmud Bey mit einem Bataillon türkischer Jäger das Grenz-Zollamt Turina besetzt habe.

**Glückstadt, 17. Febr.** Advokat Lehmann ist freigesprochen, der Fiskus in die Prozesskosten verurtheilt worden.

**Kiel, 17. Febr.** In Folge der Freisprechung des Advokat Lehmann durch das Obergericht zu Glückstadt herrscht in Kiel große Freude.

**London, 17. Febr.** In der heutigen Sitzung des Unterhauses tadelte Bright die Sendung von Truppen nach Canada. Palmerston verteidigte in seiner Antwort diese Truppenbewegungen und sagte, daß sie zur Aufrechterhaltung der Eore Englands notwendig gewesen seien.

**Paris, 17. Febr.** In dem Abrech-Entwurf des Senats heißt es in Bezug auf Italien: Es sei schmerzhaft zu bedauern, daß jener Conflict die Gewissen beunruhige. Die französische Regierung habe, als sie sich bei den nationalen Forderungen betheiligte, die Interessen des Katholizismus nicht vergessen. Der Kaiser werde mit dem Senate hier die unmöglichen Präsen-tionen, dort die Unerfüllbarkeit des Widerstandes bedauern. Aber des Kaisers Rathschläge seien weise und man müsse fortfahren, zu sagen, daß die größten Werke zu ihrer Begründung der Mäßigung nicht entbehren können und daß die gerechtesten Dinge durch extreme Verweigerung auf Irrwege gerathen.

**Turin, 17. Februar.** In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer drückte La Farina seine Verurtheilung über den mit Preußen abgeschlossenen Postvertrag aus. Ricafoli sagte, daß unter den Völkern, welche die meisten Sympathien für Italien zeigen, das preussische sich befinde. Auch die preussische Regierung gebe günstige Gefinnungen kund, denn ihr Repräsentant sei immer in Turin geblieben und der seitens Italiens zur Krönungs-Feier nach Königsberg gesandte Botschafter sei daselbst ehrenvoll aufgenommen worden.

## Preußen.

**Berlin, 18. Febr.** [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Geh. Commerzienrath Ferdinand Wilhelm Ermeler zu Berlin den rothen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife, sowie dem Schullehrer und Organisten Faulborn zu Altengottern St. Trin im Kreise Mählhausen, den Küstern und Schullehrern Heinrich zu Kurtzow im Regierungsbezirk Frankfurt und Johann Gottfried Wille zu Arnswalde im Kreise Schweidnitz und dem Schullehrer Koesling zu Schönau im Landkreise Königsberg das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Der bisherige Kreisrichter Züsting in Wohlau ist zum Rechts-anwalt bei dem Kreisgericht in Jauer und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Breslau mit Anweisung seines Wohnsitzes in Jauer ernannt worden.

Der Landgerichts-Referendarius Joseph Hubert Georg Doffe-schall in Düsseldorf ist auf Grund der bestandenen dritten Prüfung zum Advokaten im Bezirk des königl. Appellations-Gerichtshofes zu Köln ernannt worden.

Se. M. der König haben allergnädigst geruht: den nachbenannten Per-sonen die Erlaubnis zur Anlegung der ihnen verliehenen Orden zu ertheilen, und zwar: des Großkreuzes des kgl. hannoverschen Guelphen-Ordens: dem Prinzen Albert von Sachsen-Altenburg Joh., Seconde-Lieut. im Westfäl. Infanterie-Regt. Nr. 5; des Commandeur-Kreuzes 2. Klasse desselben Ordens: dem Commandeur des Brandenb. Husaren-Regts. (Zieten'sche Husaren) Nr. 3, Obersten und Flügel-Adjutanten Grafen v. d. Groeben; des Ritterkreuzes des hessisch-sachsen-ernestinischen Hausordens: dem Unterrichts-Dirigenten der Central-Turn-Anstalt, Major von der Armee, Rothstein, und des Ritterkreuzes 1. Klasse des bezogl. anhaltischen Guelphen-Ordens Albrechts des Bären: dem Divisions-Auditeur, Justiz-Rath Stetter, von der 7. Di- vision. (St. M.)

**C. K. Berlin, 18. Febr.** Aus keinem der beiden Häuser liegen heute Druckladen vor.

Aus den Motiven des Waldeck'schen Antrages wegen Wiedereinführung der Gemeindeordnung von 1850 ist noch Einiges nachzutragen. In dieser Gemeindeordnung waren folgende Grundzüge aufgestellt: Alle innerhalb der Grenzen des Gemeinde-Bezirks gelegenen Grundstücke und Einwohner des Gemeinde-Bezirks gehörten zur Gemeinde; ein gewählter Gemeinderath, ein von dem Gemeinderath gewählter und vom Könige, beziehungsweise dem Regierungspräsidenten, und bei kleineren Gemeinden von dem Landrath zu befristigter Gemeinde-Vorstand; Selbstverwaltung incl. Ortspolizei und nur bei Veräußerungen von Grundstücken und ihnen gleichstehenden Gerechtig-keiten erforderliche Genehmigung des Bezirksrathes resp. der Aufsichtsbehörde bei kleineren Gemeinden; Bildung von Sammt-Gemeinden. Bei solchen Gemeinden, welche für sich allein den Zwecken des Gemeinde-Ver-bandes nicht entsprechen; Einspruch der Staatsverwaltungs-Behörde gegen Beschlüsse, welche die Befugnisse des Gemeinderaths überschreiten, die Gesetze oder das Staats-Interesse verletzen, mit einem geordneten Rekurs-Verfahren und Gemeindevorstand-Recht jedes Einwohners, der eigenen Hausstand hat, keine Armen-Unterstützung aus öffentlichen Mitteln empfängt, die Gemeinde-Abgaben bezahlt hat und mindestens zwei Thaler jährlich an direkten Steuern entrichtet, in kleineren Gemeinden (1500 Einwohner und weniger) auch dessen, der ein Grundstück zum Werthe von 100 Thlr. oder ein Haus im Gemeinde-Bezirk besitzt; dabei Dreiklassen-System, öffentliche Wahl, die Hälfte der Gemeinde-Verordneten muß aus Grundbesitzern beste-hen. 2) Die Kreis-Versammlung, 15 bis 40 Abgeordnete, von den Vertretern der Gemeinden gewählt, wählbar, jeder Gemeindevorstand des Kreises, der das dreifache Lebensjahr vollendet, seit mindestens drei Jahren dem Kreise durch Grundbesitz oder Wohnsitz angehört hat, und einen jährlichen Klassensteuerbetrag von 8 Thlr. zahlt, oder in den mahl- und schlichtsteuer-pflichtigen Distrikten einen Grundbesitz im Werthe von mindestens 5000 Thlr., oder ein jährliches reines Einkommen von 500 Thlr. nachweist; die Hälfte muß aus Grundbesitzern bestehen; gewählter Vorsteher, Dauer 6 Jahre, mit je alle 2 Jahre ausscheidendem Drittel; Ge-nehmigung der Minister des Innern und der Finanzen, sowie des Bezirks-Raths bei längerem Beitragsbefreiungen und resp. Anleihen notwendig; Kreisassessor, aus dem Landrath und vier gewählten Mitgliedern bestehend. — 3) Der Bezirksrath, aus dem Regierungs-Präsidenten und vier von der Provinzial-Versammlung, aus drei von den Kreis-Abgeordneten für jedes Mitglied zu wählenden Candidaten, bestehend, hat Rechte in Betreff der Ge-meinden, und begutachtet ihm vom Regierungs-Präsidenten vorgelegte Fra-gen. — Endlich: Provinzial-Versammlung, gewählt durch die Kreis-tags-Abgeordneten, für jeden Kreis ein Abgeordneter, und wenn er 60,000 Seelen hat, zwei, für jede fernere Vollzahl von 50,000 Seelen tritt noch ein Abgeordneter hinzu; Dauer 6 Jahre, mit Ausscheiden der Hälfte alle drei Jahre; wählbar jeder Gemeindevorstand, der das 30. Lebensjahr vollendet, und mindestens seit drei Jahren seinem Kreise durch Wohnsitz oder Grundbesitz angehört hat.

„Der bloße Ueberblick dieses Gesamtbildes (fährt der Antragsteller fort), in welchem der Bezirksrath allenfalls fehlen könnte, wird die Ueberzeugung geben, daß es auf einfacher, unseren Zuständen angemessenen Grundlage ruht, und die seit 1810 schon außer aller Berechtigung stehende Scheidung der Staatsbürger in Ritter, Bürger und Bauern, die Scheidung von Stadt und Land, während die Gewerbe längst auf das Land gerückt sind, die Scheidung gewisser größerer Güter vom Gemeinde-Verbande und deren besondere Berechtigung beim Kreis- und Provinzial-Verbande, daß diese Scheidungen, welche durch die Provinzial- und Kreisverordnungen seit 1820 von den

Todten erweckt wurden und so viel Schaden angerichtet haben, gründlich be-seitigt worden sind. Daß solche Gesetze auf Widerstand Derjenigen stießen, welche bei Aufrechterhaltung der feudalen alten Zustände interessiert sind, liegt in der Natur der Sache. Da nun diese Partei gerade in dem Minister des Innern v. Westphalen ihren entschiedensten Ausdruck fand, so begreift sich, daß in solchen Händen und unter der steten Abneigung der meisten Land-räthe die Einführung der Gemeinde-Ordnung mit bleiernem Schritte ge-schah, ja gar bald suspendirt wurde. Solche Erfahrungen beweisen nichts gegen die Tauglichkeit des Gesetzes. Zahlreiche Petitionen beweisen aber, wie sehr von Allen, deren persönliches Interesse nicht verletzt wurde, und auch von manchen Anderen die Wohlthaten des Gesetzes erkannt, und die ab-schließlichen Fehler in der Ausführung hervorgehoben wurden. Insbesondere ist vielfach der Hauptpunkt ins Licht gestellt, daß ein gesundes Verhältnis unter den einzelnen Landbewohnern nicht eher hergestellt werden kann, als bis die verfassungswidrigen Rechte der Besitzer größerer Güter aufgehört haben. Der berechnete, naturgemäße Einfluß wird ihnen dadurch nicht ent-zogen, vielmehr gesichert. Dazu kommt, daß die Festhaltung der Trennung von Stadt und Land in den Gemeinde-Einrichtungen, die Festhaltung der Aussonderung großer Güter vom Gemeinde-Verbande auch auf dem politi-schen Gebiete das alte ständische Prinzip der Vertretung, der hohlen Schei-dung von Ritter, Bürger, Bauer vorbereitet und nach der erklärten Absicht der feudalen Partei auch anbahnen soll. Sodann kommt der für den Ver-kehr und für die gleichmäßige Entwicklung des öffentlichen Lebens so hoch-wichtige Vortheil in Betracht, daß in einer weitestlich homogenen Bevölke-rung auch daselbst Communal-Gesetz gilt. Haben dies andere, deutsche wie nicht deutsche Staaten erreicht, wie sollten wir, die wir zur Hegemonie in Deutschland berufen sind, uns das Armuthszeugnis geben, daß wir dazu nicht reif seien, daß wir mittelalterliche Institutionen conserviren müssen.“

Weiter werden die Vorgänge von 1851 bis 1856 auf dem Gebiete der Gemeindebegehrung besprochen, und die „ehrendvolle“ Opposition der libe-ralen Partei (v. Auerswald, v. Patow, Lette, v. Sanger, v. Sauten, v. Winde, Harfort, auch Osterrath und Reichensperger) erwähnt. „Seit 1859 durfte man nun hoffen, daß das liberale Ministerium in diesem allerwichtig-sten Zweige das uns wiedergebende würde, was die Mitglieder desselben früher zu erhalten strebten. Allein das ist nicht geschehen, und der jetzt eingeschla-gene Weg läßt befürchten, daß es auf lange Zeit unterbleiben wird. Denn sollte selbst die Gemeinde-Ordnung von 1850 nicht hergestellt werden, so wäre doch eine Landgemeinde-Ordnung für die sechs östlichen Provinzen das nächste und dringende Erforderniß gewesen, und das Abgeordnetenhaus, durch zahlreiche Petitionen angeregt, hat dies auch stets, und noch 1861, als das Minus betont und verlangt. Statt dessen ist nur ein Gesetz über die ländliche Polizei vorgelegt, das diese als Annerken des Guts zwar aufhebt, aber bei den unendlichen Schwierigkeiten, welche die getrennte Behandlung der Ortspolizei und der Gemeinde-Ordnung bietet, schwerlich etwas be-friedigendes erreichen, jedenfalls aber den unvollkommenen Zustand der Landgemeinden und die anomale Existenz der von der Gemeinde angeschlos-senen Güter verlängern wird, dessen Abänderung auch noch gar nicht in nächste Aussicht gestellt ist. Die vorgelegte Kreisordnung vereinigt gar die prinzipienwidrige Scheidung der großen Landgüter von den kleinen und von den Städten in der Kreisvertretung, und, während die Kreisvertretung aus der Gemeindevertretung, wie in dem Gesetz vom 11. März 1850 bestimmt ist, hervorgehen muß, ordnet sie die Kreisvertretung, ehe in dem Haupttheile der Monarchie die Gemeindevertretung geordnet ist. Die gleichzeitig jetzt vorge-legte Umarbeitung der Städteordnungen zu einer allgemeinen Städteordnung und die Vorgelegte einer Landgemeinde-Ordnung für die Rheinprovinz giebt nur um so mehr Gewißheit dafür, daß ein Definitivum auf einem dem Westphalen-schen System durchaus entsprechenden Wege erreicht werden soll.“ Schon „eine einfache Wiederherstellung“ der Gemeindeordnung“ von 1850 wäre eine Fort-schritt. Nichts hindert aber, dem Wahlsystem, oder sonst, solche Verbesserun-gen einzufügen, wie man sie überhaupt in den Gemeinde-Ordnungen zu ge-ben geneigt ist. Dies ist in dem vorgelegten Gesetz-Entwurf versucht, und diese Form hat außer der Einfachheit besonders auch das für sich, daß sie den Charakter dieser großen Maßregel, die Wiederherstellung des während einer traurigen Zeit dem Lande abhanden gekommenen organischen Gesetzes-tages ausdrückt. Die Regierungs-Entwürfe von Städte-Ordnungen und Land-gemeinde-Ordnungen können daneben ihren Gang in der Beratung gehen, da ja ohnehin nicht würde verfräht werden können. Die Verbesserungen, welche diese Entwürfe enthalten, wären dann anzunehmen als ein Palliativ-mittel bis zu dem Zeitpunkte, wo die Gemeinde-Kreis-Ordnung ins Leben tritt, und event. für den Fall, daß die Initiative, welche das Haus durch die Annahme des hier vorgelegten Gesetzes ergreift, bei den anderen Factoren der Gesetzgebung scheitert.“ — Nach einer eingehenden Polemik gegen „das anomale Institut der Gutsbezirke“ wird schließlich als besonders dringend bezeichnet: „den nicht mehr haltbaren Unterschied zwischen Stadt und Land, den auf dem polit. Ge-biete gerade den Städten, sofern sie die liberale Idee vertreten, so nachtheil-ig ist, als hinweggeräumt auszusprechen, da in der That ein Grund der Abweichung in den Normen der Gemeinde-Verwaltung, welche eine Ge-meinde-Ordnung giebt, nicht vorhanden ist. Eine Vorliebe für den Namen „Städte-Ordnung“ hat keinen Grund in der Sache. Stein gab die Städte-Ordnung, weil er bei den damaligen Verhältnissen die Gemeinde-Ordnung, welche auch er erstrebte, nicht geben konnte. Der wesentlichste und wichtigste Zweck der ganzen Wiederherstellungs-Maßregel liegt endlich außer der gleich-mäßigen Ordnung des Gemeindegewesens in der gleichzeitigen Wiederherstel-lung der in der Reaktionszeit beseitigten, auf richtigen Grundlagen beruhenden Kreis- und Provinzial-Ordnung, mit Hinwegräumung der auf pseudo-feudaler Grundlage ruhenden Kreis- und Provinzial-Stände, deren recht-liche Existenz in manchen Beziehungen sogar bestritten ist. Solche Fragen fordern baldige Lösung.“

**\*\* Berlin, 18. Febr.** [Vertrauliche Depeschen Graf Bernstorff's. — Hinzutritt Sachsen-Meinungen's zur Coalition. — Fagelski. — Die „Voss. Ztg.“] Wie der „Befersztg.“ von hier mitgetheilt wird, soll Graf Bernstorff in Ver-anlassung seiner Antwort an Oesterreich und die Würzburger an die preussischen Gesandten vertrauliche Depeschen gerichtet haben, in denen einige genauere Aufschlüsse über das Verhalten der einzelnen Höfe bei diesem Zwischenfall in der Geschichte der deutschen Frage gegeben seien. Zugleich seien sie darauf aufmerksam gemacht, daß der auffallende Schritt der würzburger Regierungen für die Reformfrage selbst ganz unsprechbar sein werde, indem die Verschiedenheit der prinzipiellen Auffassung, abgesehen von der Schroffheit gegen die preussische Regierung sich so groß zeige, daß von der Fortsetzung eines Schriftwechsels über die in Anregung gebrachte Angelegen-heit nicht die Rede sein könne. Den Gesandten wird nach-gewiesen, daß der Vorschlag einer Basis bebüß der Verhandlungen gar nicht ernstlich gemeint sein konnte. Demnach halte es Preußen seiner Würde nicht für angemessen, sich an Conferenzen zu betheiligen, von denen Jedermann wisse, daß sie nur zu einer Anhäu-fung von schätzenswerthem Material beitragen würden, und denen man in der öffentlichen Meinung keinen andern Zweck als den eines diplomatischen Temporisirens zuschreiben würde. Uebrigens habe Preußen den betreffenden Regierungen zu verstehen ge-geben, daß das Ausland als Motiv dieser Demonstration nur zurück-gehaltenen Groll und Mißtrauen erkennen würde, daß man vor-demselben dadurch das gemeinsame deutsche Interesse herabwürdigte, und daß in den identischen Noten erkennbar sei, daß die Abwen-der auf die Stellung Deutschlands zum Ausland gar keine Rücksicht genommen hätten. — Die Zuverlässigkeit dieser Angaben müssen wir dahingestellt sein lassen. — Die herzoglich sachsen-meiningsche Re-gierung hat, der „Leipz. Ztg.“ zufolge, nachträglich die bekannte identische Note der hiesigen Regierung gleichfalls übermacht. Das finden wir ganz in der Ordnung, und wir würden uns bloß wundern,

wenn es nicht geschehen wäre; es ist ja dort ein Patriot der „Kreuz-zeitung“ Minister. — Die Anklage gegen den posener Redacteur Za-gielski wegen Aufreizung zum Hochverrath soll am 1. März vor dem Staatsgerichtshof im großen Sitzungssaale der Criminal-Abtheilung des Kammergerichts zur Verhandlung kommen. Die Vertheidigung des Angeklagten hat, wie schon erwähnt, der Rechtsanwalt Lewald über-nommen. — Von der „Voss. Ztg.“ ist in Folge eines Unfalles beim Dampfessel heute nur ein halber, Annoncen enthaltender, Bogen er-schienen.

**Berlin, 18. Febr.** [Vom Hofe.] Se. Maj. der König nahmen heute die Vorträge des General-Lieutenants General-Adjutan-ten Freiherrn v. Manteuffel, des Staatsministers Grafen v. Bernstorff und des Geheimen Regierungs-Raths v. Winter entgegen. — Ihre kaiserliche Hoheit die Frau Großfürstin Konstantin, ist heute Vormittag 10 1/2 Uhr auf der Niederschlesischen Bahn nebst Höchster Tochter und Gefolge mittelst Extrazuges nach St. Petersburg weiter gereist, und wird auf dieser Reise in Bromberg, Königsberg, Rowno und an noch zwei anderen Orten übernächigen. — Gestern fand bei Sr. Excellenz dem Finanzminister Freiherrn v. Patow und Frau v. Patow die zweite Solree statt. Ihre königl. Hoheiten der Prinz Georg und die Frau Landgräfin von Hessen-Philippsthal-Barchfeld beehrten das glänzende Fest mit ihrer Gegenwart. Das Ministerium, das diplomatische Corps und die beiden Häuser des Landtages waren zahlreich vertreten. Der Tanz dauerte bis nach Mitternacht.

Konstantinopoler Zeitungen bringen die Nachricht vom Tode des Erzbischofs von Samakof (Bulgarien), Bruder des Gesandten der hohen Pforte, Aristarchi Bey. Dieser Prälat war kaum 56 Jahre alt.

**Danzig, 17. Febr.** [Nachrichten aus Siam.] Die „D. Z.“ theilt aus einer ihr heute zugekommenen Correspondenz aus Bangkok (Hauptstadt des Königreichs Siam) vom Bord der „Thetis“ vorläufig folgende Notizen mit: Die „Elbe“ ist am 11. Dezember v. J. von Hongkong in Bangkok angekommen und hat ihre Rückkehr nach Europa am 24. Dezember über Singapore und Cap der guten Hoffnung an-getreten. Am 15. Dezember traf die „Arcona“ auf der Rade von Bangkok ein; der preussische Gesandte, Graf Eulenburg, hat sich nebst Gefolge am 20. Dezember auf zwei Dampfern, die der König von Siam ihm zur Verfügung gestellt, eingeschifft und nach Bangkok begeben. Ueber die Bestimmung der beiden Fregatten, nach Abschluß des Handelsvertrages mit Siam ist noch nichts bekannt. (Nachrichten, welche der „Sp. Z.“ zugegangen sind, melden, der Gesandte wolle nach Abschluß des Vertrages, der am Ende Januar zu erwarten, mit der „Arcona“ und „Thetis“ auch nach Singapore gehen.)

**Halle, 15. Febr.** [Petition.] Die „Magd. Ztg.“ theilt den Inhalt einer Petition hiesiger Einwohner an das Abgeordnetenhaus mit, welche auf Mitwirkung der königlichen Regierung zur Herstellung verfassungsmäßiger Zustände in Anhalt-Desau-Röthen gerichtet ist. — Eine ähnliche Petition war schon in der vorigen Sitzungsperiode ein-gebracht worden.

## Deutschland.

**Karlsruhe, 16. Febr.** [Versammlung des National-Vereins.] Heute hat hier eine von mehr als 700 Mitgliedern be-suchte Versammlung des Nationalvereins stattgefunden. Den Vorsitz führte Herr v. Koch aus Heidelberg. Die Versammlung, an der auch viele Fremde aus den Nachbarstaaten Theil nahmen, sagte fol-gende Beschlüsse: 1. bezüglich der deutschen Frage: „Die heute versammelten Mitglieder und Freunde des deutschen Nationalvereins er-klären gegenüber der von Oesterreich und mehreren deutschen Regierun-gen in Berlin übergebenen gleichlautenden Noten vom 2. Februar d. J.: 1) Indem diese Noten die Verwandlung des deutschen Staatenbundes in einen Bundesstaat für unzulässig erklären und nur eine sogenannte Reform der bestehenden Bundesverfassung unter Aufrechterhaltung völ-liger Gleichheit und Unabhängigkeit der Einzelstaaten zugehen, stehen sie im Widerspruch nicht nur mit dem geschichtlichen und von allen deutschen Regierungen bereits anerkannten Recht auf nationale Ein-igung, sondern auch mit dem tiefempundenen Bedürfnisse des deutschen Volkes. 2) Deutschlands innere Wohlfahrt und seine Stellung nach außen kann nicht durch eine mehrgliederige uneinige und darum kraftlose Exekutivgewalt des deutschen Bundes unter Zuziehung von Delegirten der deutschen Ständeversammlungen gefördert und gesichert werden, sondern nur durch eine einheitliche Centralgewalt und ein deut-sches Parlament. 3) Die Versammlung drückt der großherzoglich badischen Regierung ihre wärmste Anerkennung für die großherzigen Gefinnungen aus, welche sie in der Sache des großen deutschen Vaterlandes kundgegeben, und knüpft daran die frohe Erwartung, daß die kräftige Unterstützung der Abgeordneten, so wie des gan-zen badien Volkes, seiner erleuchteten Regierung nicht fehlen wird. 4) Freudig begrüßen wir die Bestrebungen der deutschen Fortschritt-partei in Preußen, und unsere ernste Theilnahme begleitet ihre Ver-treter im Hause der Abgeordneten. Daß ihren Anträgen in der deut-schen und preussischen Sache entsprechende Thaten folgen, fordert ge-bieterisch Preußen und Deutschlands Heil. 5) Der Vorsitzende wird mit dem Vollzuge von 3 und 4 beauftragt. II. In Betreff der kur-heßischen Frage: Die heute versammelten Mitglieder und Freunde des deutschen Nationalvereins erklären: 1) Nur durch Wiederherstellung der Verfassung von 1831 und des Wahlgesetzes von 1849 kann der Verfassungsbruch in Kurhessen gelöst werden und dem tief verletzten Rechtsbewußtsein des deutschen Volkes Genüge geschehen; 2) die Versammlung zollt ihre volle Anerkennung dem Muth, der Ausdauer und der Aufopferung des kurheßischen Volkes in seinem Verfassungs-kampfe und vertraut fest, daß seiner unerschütterlichen Beharrlichkeit ein rascher Sieg nicht fehlen kann; 3) die Versammlung spricht der großherzoglich badischen Regierung den wärmsten Dank aus für die thatkräftige Vertheidigung, welche sie dem guten Rechte des kurheßi-schen Volkes in der deutschen Bundesversammlung wiederholt ge-währt hat.

**Kassel, 17. Febr.** [Ueber die Vertreibung der Steuern] in Hanau, glaubt heute die „Kass. Z.“ folgende Aufklärung geben zu müssen. „Wir halten es“, sagt das genannte Blatt, „kaum für nö-thig, nochmals daran zu erinnern, daß nach dem Gesetz vom 23ten Sept. 1848 der Steuerbeamte geradezu auf die Eröffnung der Geldbehältnisse angewiesen ist. (Ganz heissig.) Wenn sich nun die hanauer Schloffer geweigert haben, dazu beifällig zu sein, so wird Niemand dieser Weigerung eine sonderliche Bedeutung beimessen wollen, und er kann nicht auffallend gefunden werden, daß nicht eine



